

7. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

21. Jänner 1948.

171/J

A n f r a g e

der Abg. Paula Wallisch, Eibegger, Gföllner, Gneblen, Blümel und Genossen
an den Bundeskanzler,
betreffend ein Urteil des britischen Militärgerichtes in Leoben.

Laut Zeitungsmeldungen wurde am 16. Jänner d. J. ein gewisser Jöllinger aus Kapfenberg von einem britischen Militärgericht in Leoben wegen nichterlaubten Besitzes eines Revolvers mit 12 Patronen zu zwei Jahren Gefängnis (davon 1 Jahr bedingt) verurteilt.

Dieses Urteil erregt unter der Bevölkerung aller politischen Richtungen grosse Empörung, da nach österreichischem Gesetz der unbefugte Waffenbesitz nur als Übertretung gewertet und im allgemeinen mit einer Geld- oder mit ganz geringfügiger Arreststrafe bestraft wird.

Es hat in ganz Österreich und auch in der Welt seinerzeit Empörung hervorgerufen, als der sozialistische Landtagsabgeordnete von Amstetten, Gruber, wegen unbefugten Waffenbesitzes vom Militärgericht der zuständigen Besatzungsmacht festgehalten wurde und bis heute unbekanntes Aufenthaltes ist. Die Tatsache, dass bei der gegenständlichen Verhandlung dem Angeklagten offenbar Verteidigungsmöglichkeiten geboten wurden, ändert nichts an der Unbegreiflichkeit dieses Urteilspruches. Die Tatsache, dass der Angeklagte Jöllinger Funktionär der Kommunistischen Partei Österreichs ist, kann ihm nach österreichischer Rechtsauffassung - und soweit den Anfragstellern bekannt ist, auch nach britischer - nicht als Erschwerungsgrund für die Strafbesetzung angelastet werden. Dieses Urteil bestätigt neuerlich die einmütige Auffassung aller Österreicher ohne Unterschied ihrer politischen Anschauung, dass die Militärgerichte von Besatzungsmächten die Rechtssprechung über österreichische Staatsangehörige einzustellen haben.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundeskanzler die nachstehende

A n f r a g e :

- 1.) Ist der Herr Bundeskanzler bereit, bei der britischen Besatzungsmacht zu intervenieren, damit das gegenständliche Urteil meistens einer Revision unterzogen wird?
- 2.) Ist der Herr Bundeskanzler bereit, dem Hohen Haus zu berichten, welche Ergebnisse seine vom Nationalrat wiederholt geforderten Schritte beim Alliierten Kontrollrat wegen Aufhebung der alliierten Militärgerichtsbarkeit in Österreich bisher hatten?